rheinischen Landesparlaments errichtet worden: der Rat der Sechsundfünfzig, den man inzwischen auf sechzig Mitglieder erhöhte und der aus seiner Mitte einen kleinen Aktionsausschuß, Direktorium oder so ähnlich, aussondern soll. Täuschen wir uns nicht: ein Neues ist im Werden, das man vorläufig Selbstverwaltungskörper und Zweckverband nennt, das eines Tages aber leicht auch anders heißen kann. Das rheinische Volk wird darum nicht anzuklagen sein. Das lebt seit nunmehr 10 Jahren im Krieg und über menschliches Vermögen hinaus bleibt niemand verpflichtet.

Man soll auch vom Feinde lernen, vielleicht gerade von ihm. Wenn es noch nicht zu spät ist zur Umkehr, sollten wir auf den Weg uns zurückfinden, den vor einem halben Jahrhundert Frankreich mit Léon Gambetta gegangen ist. „Denken wir unaufhörlich an das, was wir zu tun haben, aber sprechen wir niemals davon." Gambetta hat in derselben Rede, in der der viel zitierte Ausspruch seine klassische Ausprägung fand, am 22. September 1872 in Chambery, noch mehr gesagt. Er hat gemeint: Man müsse sich auf die Zukunft vorbereiten mit Muße, mit Reife, mit Entschlossenheit, ohne eitle Prahlerei, ohne unnütze Provokation. Hier decke die Vaterlandsliebe sich mit der Vorsicht: Die Vergangenheit läßt sich nicht wieder zurückrufen. Aber noch ist, selbst für die Deutschen, nicht aller Tage Abend. Gelingt wie einmal zuvor, dem Lande seine moralische und politische Kraft wiederzugeben, „Angesichts dieses Heilmittels", wir zitieren Gambetta zum andern Male, „müssen wir alles dem unmittelbaren Ziel opfern, uns neu zu schaffen, uns wiederherzustellen, und dafür darf uns kein, kein Preis zu teuer sein."

Ausdehnung des Micum-Vertrages.

eca. **Paris**, 5. Dezember.

Zu dem am 23. November zwischen der Micum und den Ruhr-Grubenbesitzern unterzeichneten Abkommen, dessen Bedingungen nicht mehr gültig sein sollen, falls nicht binnen 10 Tagen 80 Prozent der Gruben alle in dem Abkommen enthaltenen Bestimmungen angenommen haben, und wonach Sonderkontrakte mit jeder einzelnen Gruppe oder jedem Konzern zu unterzeichnen seien in denen jedoch die in dem allgemeinen Abkommen enthaltenen Klauseln beobachtet werden müssen, teilen hiesige Blätter mit, daß gestern Kontrakte mit Firmen abgeschlossen worden sind, die eine jährliche Produktion von mehr als 6½ Millionen Tonnen Kohlen liefern, d. h. also 8 Prozent der Kohlenproduktion des Ruhrgebiets. Diese 8 Prozent sind den 78 Prozent hinzuzufügen, die von den Gruben geliefert werden, mit denen ein besonderes Abkommen bereits unterzeichnet wurde. Es handelt sich dabei um folgende Gruben: Die Stinnesschen Zechen Anker, Waldur, Heinrich Ueberwahr, Monopol, Gottessegen, Schürbank, Glückauf, Sogen, Graf Schwerin, Alter-Zentrum und Deimelsberg. Diese Gruppen haben 1½ Millionen Dollar nachträgliche Kohlensteuern auf die 15 Millionen Dollar zu zahlen, die das Abkommen vom 23. November vorsieht.

Amerika und die Sachverständigenausschüsse

London, 5. Dezember.

Reuter erfährt, daß in London nichts Endgültiges über die Haltung bekannt ist, die die Washingtoner Regierung wahrscheinlich gegenüber dem neuen Plane der Reparationskommission für die Untersuchung der deutschen Finanzen einnehmen wird, aber es werde gehofft, daß die Vereinigten Staaten sich in der Lage sehen werden, in den Untersuchungskomitees vertreten zu sein. Auf jeden Fall liege die Frage der eventuellen Beteiligung Großbritanniens in Abwesenheit der Vereinigten Staaten vollkommen in den Händen der Reparationskommission in Paris.

Heute Verkündung der Botschaft Coolidges.

Washington, 5. Dezember.

Gillet ist zum Vorsitzenden des Repräsentantenhauses wiedergewählt worden. Die Botschaft des Präsidenten Coolidge wird am 6. Dezember verkündet werden.

Italienischer Kabinettsrat über die Hochwasserkatastrophe.

TU **Rom**, 5. Dezember.

Das Kabinett beschäftigte sich in seiner heutigen Sitzung mit der Hochwasserkatastrophe. Der Minister für öffentliche Arbeiten, Carnazza, erstattete einen ausführlichen Bericht über seine Eindrücke an Ort und Stelle. Seiner Schätzung nach ist mit dem sicheren Verlust von mindestens 500 Menschenleben zu rechnen. So seien in dem Dorfe Dezzo von einer Bevölkerung von 180 Köpfen nur sieben am Leben geblieben. Der Gesamtschaden betroffener sich nach flüchtiger Schätzung auf 150 bis 150 Millionen Lire. Carnazza gab einen Ueberblick über die ersten Hilfsmaßnahmen der Regierung, die bereits Lebensmittel und Bekleidung verteilt und für die Ueberlebenden Unterkünfte besorgt hat. Der Wiederaufbau der vernichteten Verkehrsmittel und der Brücken solle sofort wieder begonnen werden. Ueber die Ursachen des Dammeinbruches ist sofort eine Untersuchung eingeleitet worden. Das Kabinett erledigte die Ministerpräsidenten, über den vorläufigen Bedürfnissen der von der Katastrophe Betroffenen genügende Summe aus dem Staatsschatz auszuwerfen.

Die französische Justizschande.

Paris, 5. Dezember.

Nach einer Havasmeldung aus Nancy hat das Kriegsgericht des 20. Armeekorps den Kommandeur der dritten deutschen Division, den deutschen General b. Treskow, in Abwesenheit zum Tode verurteilt. Der Anklage liegt die einseitige Behauptung zugrunde, daß seine Truppen im August 1914 im Dorfe Maize Plünderungen und Brandstiftungen begangen hätten.

Maurice Barrès gestorben.

TU **Paris**, 5. Dezember.

Der Deputierte Maurice Barrès, Mitglied der Akademie, ist gestorben. Maurice Barrès war wohl der fanatischste Deutschenhasser im zeitgenössischen Frankreich. In seiner politischen und publizistischen Tätigkeit stellte er als würdiger Geisteserbe Deroulèdes den Haß gegen den östlichen Nachbarn über alles.

Barrès ist 1862 im Departement Vosges geboren, widmete sich anfangs ausschließlich literarischer Tätigkeit. 1889 trat er zum ersten Male als Abgeordneter von Nancy in die politische Arena.

Ueber sein literarisches Schaffen berichten wir im Kunstteil dieser Nummer.

Sicherheiten für die amerikanischen Lebensmittelkredite.

Eine deutsche Note an die Reparationskommission.

eca. **Paris**, 5. Dezember.

Wie der Korrespondent der „Express-Correspondenz zuverlässig erfährt, wird heute oder morgen die deutsche Regierung der Reparationskommission eine Note überreichen, in der sie von der Reparationskommission deren Zustimmung zu den amerikanischen Lebensmittelkrediten erbittet. Diese Zustimmung ist notwendig, da den Amerikanern für ihre Kredite Sicherheiten gegeben werden müssen, die unter die General-Hypothek der Reparationskommission fallen würden. Es verlautet, daß die Amerikaner für ihre Sicherheiten und für die Zahlungen der an Deutschland zu gewährenden Kredite ein Prioritätsrecht beanspruchen. In französischen Blättern wird als Sicherheitssumme 35 Milliarden Dollar genannt. Sie dürfte jedoch höher sein.

Um das Schicksal von Rhein und Ruhr.

Die Parteien des Landtags gegen die Loslösungsbestrebungen.

In der allgemeinen Aussprache über das Rhein- und Ruhrproblem im preußischen Landtag ergriff nach der Rede des Ministerpräsidenten Braun, die wir bereits im gestrigen Abendblatt wiedergaben, als erster Redner das Wort der

Abg. **Haas** (Soz.), der darauf hinweist, daß der Gang der Dinge nach Aufgabe des passiven Widerstandes auch zum Verlust des Wirtschaftsfriedens geführt habe. Dieser Verlust hat uns viel härter getroffen als der erste; ersparungslos nützt der Sieger seinen Vorteil aus, und zum zweiten Mal haben wir erfahren müssen, daß Frankreich nicht zu seinem Wort gestanden, sich mit uns in Verhandlungen eingelassen. Mit äußerster Energie arbeitet Frankreich an der Verwirklichung des Programms des General Foch, den Rhein zur Grenze zu machen. Die Andeutungen über einen selbständigen Rheinstaat sind daher durchaus mit Vorsicht aufzunehmen; in Frankreich denkt man sich ein Staatsgebilde mit eigenem Parlament, eigener Währung usw. ohne Vertretung im Reichstag. Diese Gedanken hat Herr Tirard in Cobleng langiert. Nach außen hin will man lediglich den Schein wirken, als ob es sich nicht um ein Staatsgebilde unter der Autorität Frankreichs handle. Daß durch einen Rheinstaat für die Bevölkerung eine wirtschaftliche Besserung herbeigeführt wird, ist ein gefährlicher Trugschluß. Wir Rheinländer bleiben dabei: Up ewig ungedeelt! Die Trennung wäre für uns der schlimmste Schaden, ganz besonders für die rheinische Arbeiterschaft. In diesem Staatsgebilde würden rücksichtslose schwerindustriell-kapitalistische Interessen herrschen, bereit, den sozialen Fortschritt, ja sogar der deutschen Republik den Todesstoß zu versetzen. Würden die Stinnes und Konsorten Arbeitslosenunterstützung zahlen? Ich warne die rheinischen Arbeiter und Beamten, die in ihrem Nationalgefühl in den letzten Wochen wankend geworden sind. Es sind ja nicht nur dort, es sind auch in Berlin schwere Fehler gemacht worden. Kann es in Preußen-Deutschland so weitergehen, bis das rheinische so schwach gewordene Volk preisgeben wollen? Herr Stresemann hat selber während seiner Kanzlerschaft mit seinem Zickzackkurs nicht zu seinen Worten als Abgeordneter gestanden und dadurch die Rheinländer an der Reichsregierung irre gemacht. Wir konnte man überhaupt auf den unglaublichen Gedanken kommen, hinsichtlich der Arbeitslosenunterstützung zwischen besetztem und unbesetztem Gebiet zu unterscheiden? Und wie mußte es wirken, wenn der Reichskanzl aufgefordert wurde, das Wasser des rheinischen Blutes auszuschütten? Auch das Rheinland muß ein wertbeständiges Zahlungsmittel haben, wenn die Bande mit dem unbesetzten Deutschland nicht zerrissen werden sollen. Als weit in die 70er Jahre der Reichsgedanke hinein hat sich eine grenzenlose Erbitterung gegen dieses Bismarckwerk erhoben, die der neue Staatskommissar, Herr Brandt, an Ort und Stelle noch fortlebt. Sehr viel zur Beruhigung der Gemüter hat auch beigetragen, daß Herr Tirard wenigstens wieder die Verhandlungen der katholischen Hundertschaften in Bayern verhalten konnte, und daß andererseits in Sachsen und Thüringen offenbar von der Reichsregierung mit Mitteln und unter Maßnahmen operiert wurde, die wir heute als wirksam, wenn auch sehr scharfen, das Zentrumsende und das Ende Anfang sollte alles tun, um sie von ihrem schiefen geistesfremden Wege wieder abzubringen. Wir müssen uns auf die eigene Kraft besinnen, sonst triumphieren die Franzosen. (Beifall b. d. Soz.)

Abg. **Rippel** (Dnat.): Die planmäßige Propaganda der Franzosen auf eine Abtrennung der Rheinlande von Preußen und vom Reiche hat insofern schon einen Erfolg gehabt, als jetzt im Rheinland weite Kreise mehr über Berlin als über Frankreich schimpfen. Die unverständliche Haltung des Herrn Stresemann, bei der Arbeitslosenunterstützung Unterschiede zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Gebiet zu machen, hat auch in den national gesinnten Arbeiterkreisen des Rheinlands Verwirrung erregt. Seine schwankende Haltung hat den Plan der Goldrheinbank des Herrn Louis Hagen hat noch übler gewirkt. Diese Goldnotenbank könnte doch leicht die Brücke bilden zur Verwirklichung der französischen Pläne auf Trennung der Rheinlande vom übrigen Deutschland. Es darf nicht ein Fünftherrenregierung sich oder irgend ein anderer Ausschuß über die Geschicke des Rheinlandes, womöglich im Einvernehmen mit den Franzosen, bestimmt. Die Verantwortung in diesen Dingen hat lediglich die Reichs- und Staatsregierung zu tragen. Wenn die preußische Staatsregierung einen festen entschlossenen Willen zeigt, dann wird auch die rheinische Bevölkerung diesen Willen anerkennen und dann werden die Franzosen nicht zu ihren Ziele kommen. Wir dürfen im unbesetzten Gebiet nicht die Opfer vergessen, die von der rheinischen Bevölkerung im Widerstande gegen die französischen Pläne gebracht worden sind. So werden alle Absichten auf eine Trennung der Deutschen des Rheinlandes vom Deutschen Reiche und vom Preußischen Staate scheitern. (Beifall.)

Abg. **Schwering** (Zentr.): Wenn die Preußische Regierung für die Wahrung von Preußens Stellung im Reiche ebenso kräftig eingetreten wäre, wie das die bayerische Regierung immer für Bayern getan hat, dann würde im Rheinland heute wohl vieles anders aussehen als jetzt. (Lebhafte Zustimmung.) Im Rheinland gehören 46 Prozent aller Wähler dem Zentrum an. Das Zentrum hat also im Rheinland eine besonders wichtige nationale Aufgabe. Wir betrachten die rheinische Frage als eine deutsche Frage. Das Ziel der französischen Politik geht dahin, mit dem Rheinland als Hebel ganz Deutschland aus den Angeln zu heben. Ohne die Verfügung über das Ruhrgebiet kann Deutschland höchstens vegetieren, niemals leben. Wer die Hand dazu bietet, den Ruhrgebiet die volle Ausnutzung auf das übrige Deutschland zu sabotieren, würde eine antideutsche Politik treiben. Mit der öffentlichen Erörterung der verschiedenen Projekte zur Lösung der rheinischen Wirtschaftsfragen ist schon ein Schaden angerichtet worden, der schwer wieder gut zu machen ist. (Sehr richtig!) Unsere Politik hat die französische Politik nicht ins Herz fressen Frage eine Reihe schwerer Fehler enthalten, die noch heute im Rheinland höchst unangenehm nachwirken. Sehr schädlich hat auch das aus den Reihen der Rechten gefallene Wort von der Verelendung des Rheinlandes gewirkt. (Hurrufe b. d. Deutschnationalen: Das haben wir nie gesagt!) Ich sprach auch nicht ausdrücklich von den Deutschnationalen. Man darf aber nicht mit dem Gedanken spielen, das Rheinland preiszugeben, um das übrige Deutschland zu retten. Wenn das Rheinland einmal preisgegeben ist, dann ist es nicht so leicht wiederzuholen. (Lebhafte Zustimmung.) Die Loslösung der Rheinlande aus dem deutschen oder preußischen Staatsverband würde eine Katastrophe für Deutschland und Preußen bedeuten. (Lebhafte Zustimmung.) Das Zentrum wird sich niemals an solchen verräterischen Plänen beteiligen. Wir essen lieber im Rheinland das bittere Brot der deutschen Schicksalsgemeinschaft, als daß wir unter französischen Herrschaft prahlen. (Beifall.) Sowenig der Fuß einen Fremdkörper geduldet auf deutschem Boden steht, ist für uns jede Verhandlung über eine Aenderung der staatsrechtlichen Verhältnisse der Rheinlande ausgeschlossen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. **Heymann** (Demokrat) (D. Vp.): Ich begrüße das klare Bekenntnis des Ministerpräsidenten und die geschlossene Einheitsfront, die bisher durch die Reden aller Parteien ging. Im Rheinland waren in der Tat schon vereinzelt Zweifel an der Treue Preußens und des Reiches aufgetaucht. Die deutsche Regierung und der Preußische Landtag sollten gegenüber dem Reichstag und der Reichsregierung in der rheinischen Frage viel aktiver sein als bisher. (Beifall.) Die Frage, ob auf Grund der Reichsverfassung ein selbständiges Rheinland gebildet werden könnte, existiert nicht für uns, solange noch ein Franzose im besetzten Gebiet steht. An der Stellung der preußischen Fraktion des Zentrums haben wir nie gezweifelt, sehr bedenklich erscheinen uns aber manche Aeußerungen des Vorsitzenden des Preußischen Staatsrats Adenauer. Er hat in einem Interview über die Möglichkeit gesprochen, daß das Rheinland zwar im Rahmen des Deutschen Reiches bleiben, aber vom Preußischen Staat losgelöst werden könnte. Wir halten solche Pläne für höchst bedenklich.

Wir reichen dem Teufel nicht den kleinen Finger, weil er sonst die ganze Hand nimmt. (Beifall.) Wenn es bisher an der klaren Linie gefehlt hat, die wir verlangen, so kann man sie nicht allein Herrn Stresemann anschieben. Nach dem Zusammenbruch des passiven Widerstandes hat gerade der sozialdemokratische Finanzminister den Gedanken erörtert, die Zahlungen für das besetzte Gebiet einzustellen. Wir verlangen eine durchaus klerikale Regierung, die Rheinland-Westfalen durch Beamte stellen im besetzten und im unbesetzten Gebiet. (Beifall.)

Abg. **Gottschalk-Gummersbach** (Dnat.) erklärt, die eigentliche Ursache allen Elends sei das Ziel Frankreichs, Deutschland zu zerschlagen. Man hat den Gedanken der Wahl gelassen zwischen Hunger und dem Schicksalen. Der Abg. Meerfeldmann hat zu Herrn Tirard einen Plan unterbreitet. Der genügte Herrn Tirard nicht. Wir befürchten, daß man eine Separatpolitik für Frankreich. Wenn weiß ja, wie Frankreich im Saargebiet mit den Verträgen umspringt. Wenn man zu einem Vertrage käme, würde die Lage schlimmer sein, als die aus dem Vertrag von Versailles. Das Herz Deutschlands soll ausgeschnitten werden. Wenn wir Rheinländer uns selbst helfen dann wird die Geschichte über uns richten. Erfreulicherweise haben Regierung und Parlament erklärt, daß sie an den Hoheitsverhältnissen eine Aenderung nicht zulassen können. Das Schlimmste ist die Ungewißheit, die uns drückt. Ein großer Teil von Grund und Boden ist dort bereits französisch. Das Schicksal des Saarlandes ist ein Schreckensbild für die Rheinlande. Jetzt gilt es Opfer zu bringen. Wenn wir Rheinländer ist die Not aufs höchste gestiegen, dann werden sehen wir unseren Lebenswillen entgegen. (Beifall.)

Damit schließt die Besprechung; die großen Anfragen über Rhein und Ruhr sind damit erledigt.

Eine Reihe von Vorlagen werden dem Ständigen Ausschusses, die vom Staatsministerium mit Gesetzkraft erlassen sind, wird dem Haus beschäftigt.

Donnerstag 12 Uhr: Anfrage über die Not des Volkes, Aussprache über die innere Politik.

Die gestrige Reichstagssitzung.

(Fortsetzung von Seite 1.)

Deutschnationalen wohl die einzige Partei sind, die die Wahlen nicht zu fürchten hat. (Lärm und Heiterkeit. — Präsident Löbe bittet um Ruhe.) Ferner, daß wir auch ein Kabinett zu bilden imstande sind, das wir Deutschnationalen die Personen zu präsentieren vermögen, die notwendig sind. Ich erkläre auch heute, den Reichspräsidenten unser Programm zu verkündigen. Darauf hat der Reichspräsident ablehnend geantwortet, und wir haben einen offenen Brief an den Reichspräsidenten geschrieben, daß wir die Verantwortung dafür ablehnen müssen, daß nicht in parlamentarischem Sinne eine Lösung aus dem Konflikt gesucht worden ist. Ich lehne daher die Vorwürfe des Abg. Scholz ab. Von der Verantwortungslosigkeit der Opposition ist unter keinen Umständen die Rede. (Sehr wahr! rechts.)

Redner verliest darauf folgende

Erklärung:

Die Deutschnationale Volkspartei hat die Regierung Stresemann bekämpft, weil sie von der Ueberzeugung beherrscht war, daß ohne Mitwirkung der Sozialdemokratie in Deutschland nicht regiert werden könne. Das Volk aber spricht sich nach einer entschlossenen Abwehr von diesem verhängnisvollen Irrtum. Die Ueberzeugung wächst, daß eine günstige Wendung unseres Schicksals nur herbeigeführt werden kann, wenn die entschlossen rechts gerichteten Kreise zu bestimmendem Einfluß gelangen. Dies herbeizuführen war das Ziel, das die Deutschnationale Volkspartei bei den Verhandlungen über die Neubildung der Reichsregierung verfolgt hat. Das Ziel ist nicht erreicht, weil die Mittelparteien sich nicht entschließen konnten, die unerträglichen Folgerungen aus dem Wandel der Verhältnisse für die Umgestaltung der Leitung des größten deutschen Landes, Preußen, zu ziehen. Dieser Haltung in der Preußenfrage entspricht es, wenn die neue Reichsregierung nach den eigenen Worten des Herrn Reichskanzlers auch für die Reichspolitik grundsätzlich dieselbe Einstellung hat, wie die vergangene. In den sinnlosen Abmachungen über das Ermächtigungsgesetz kündigt sich ein Wiederaufleben der großen Koalition an. Wieder einmal haben Fraktionsinteressen, Parteitaktik und die Angst vor dem Urteil des Volkes über das Gebot der Stunde gesiegt. Gebot der Stunde ist aber, diesen, wie von allen Seiten anerkannt wird, längst überlebten Reichstag aufzulösen und endlich die Stimme der Wähler darüber zu hören, in welchem Sinn und Geist in Deutschland künftig regiert werden soll. Einer Regierung, die im Widerspruch mit dieser Forderung ihre Arbeit beginnen will, können wir das Vertrauen nicht entgegenbringen, das die Voraussetzung für die Zustimmung zu dem Ermächtigungsgesetz darstellt. Wir werden daher den Gesetzentwurf ablehnen. (Lebh. Beifall rechts, allgemeine Bewegung.)

Abg. Dr. Haas (Dem.):

Wenn wir dem Kabinett Vertrauen entgegenbringen, so deshalb, weil es sich um die Verteidigung der Person des neuen Reichskanzlers handelt. Man schiebt auf allen Seiten des Hauses seine Schicklichkeit und seine ruhige Ueberlegung und man schätzt seinen Charakter. Anderseits muß nach unserer Meinung so schnell wie möglich mit der Reichsexekution gemacht werden. (Sehr wahr!) Die fortgesetzten Krisen bedrohen die Existenz unseres Vaterlandes und vernichten das Ansehen des Parlaments und das Ansehen der Demokratie. (Sehr wahr!) Sie gestatten wohl gerade mit diese Bemerkungen, weil ich aus einem politisch ruhigen Lande komme. Wir Badener können uns rühmen, daß wir seit dem November 1918 überhaupt keine Krisis erlebt haben.

Der Redner tritt für eine Politik der Verführung zwischen Bürgerlichen und Arbeiterschaft ein und fordert die Sozialdemokraten dringend auf, den Mittelparteien die Fortführung der bisherigen Politik nicht unmöglich zu machen. Dem neuen Kabinett gegenüber werde die Haltung der Demokraten sich nach dessen Taten richten. Sollten die Deutschnationalen eine Regierung und Anschauungen der Demokraten im Widerspruch stehen, so kündigt der Redner dem Kabinett schärfstes Mißtrauen an. Starke Bedenken äußert er gegen die Uebernahme des Reichsfinanzministeriums durch Jarres, weil es mit Rücksicht auf seine Rheinlandpolitik. Eine etwaige Preisgabe des Rheinlandes würden die Demokraten unterstützlich finden. Auch aus finanziellen Gründen dürfte man jetzt noch etwa auf das Rheinland verzichten. Wir müssen mittel gegen die Devisenverschwendung haben, und es muß ein ernster Versuch gemacht werden, die Mittel dort zu suchen, wo sie zu finden sind. (Sehr wahr b. d. Demokraten.) Unsere finanzielle Lage ist ganzig schlimm, aber wir müssen ernstlich unseren Staat sanieren und, wie in alten Zeiten, wieder soviel einnehmen, wie wir ausgeben, und nicht mehr ausgeben als wir einnehmen.

Der gesetzmäßige Zustand zwischen Reich und Bayern muß wieder hergestellt werden, der neue Reichsjustizminister wird hoffentlich dafür sorgen, daß deutsche Hoheitsrechte in Bayern vollstreckt werden, daß Deutsche aus Bayern nicht ausgewiesen werden und daß endlich die illegalen Verbände in Bayern unmöglich gemacht werden. Dann kann man Bayern in weitgehender Weise entgegenkommen. Wir haben in der Auslegung der Weimarer Verfassung einen zu starren Zentralismus gepflegt. So schnell wie möglich muß den Ländern ihre Finanzhoheit wiedergegeben werden. Dann werden Länder und Gemeinden, wenn sie selbst Steuern auftringen müssen, Ersparnisse machen und nicht unnötige Beamte halten. Das Verhältnis zwischen Reich und Bayern wird auf die Formel gebracht: Föderalismus oder Unitarismus. Will der neue Justizminister, daß der Ausnahmezustand auch in Sachsen und Thüringen aufgehoben wird? Zur Rechtfertige gehört, daß man auch dann am Reiche festhält, wenn es einem nicht gefällt, wie in auch die Sozialdemokraten, obwohl ihnen das alte Reich nicht gefiel, mit allen anderen zusammen wie ein Mann für das Reich eingetreten sind, als es vom Feinde bedroht war. Gerade im Interesse der Reichswehr darf der Ausnahmezustand nur vorübergehend sein. Wir haben immer gewünscht daß zwischen der Reichswehr und den Arbeitern ein Verhältnis des Vertrauens herrsche, und wir fürchten, daß alle Bemühungen nach dieser Richtung, die nicht ohne Erfolg angefangen haben, durch die Fehler verwischt werden, die während des Belagerungszustandes gemacht wurden. Insbesondere sollte nicht vorgekommen werden auf Grund der Denunziationen reichsfeindlicher Behörden. Vertrauen des stehen Regierungen zwischen einzelnen Offizieren und Rechtsradikalen, und da wird mancher als gefährlich verschrien, der doch ganz harmlos ist. Wer allem hätten wir Lust zu lassen, daß die Reichswehr während des Ruhrmakenzustandes nicht den bedenklichen Versuch unternimmt, sich auf wirtschaftlichem Gebiete zu betätigen, wie dies z. B. auf dem Gebiete der Arbeitslosenfürsorge und der Wiederherstellung des durchwühlten Arbeitsfeldes vorgekommen ist. Weiter haben wir schwere Bedenken gegen das Reichswehr in Sachsen Staatsanwälte abgesetzt hat. Gegen einen solchen schwerlichen Eingriff in die Verwaltung der einzelnen Länder bitten wir um ein Wort des Reichsjustizministers. Wir bringen der Regierung freundliches und herzliches Vertrauen entgegen, wir werden sie loyal unterstützen, und wir hoffen die Hoffnung, daß sie sich als eine starke Schützerin der Republik bewähren wird, und ich möchte wünschen, daß sie auch wirklich die Bürger im Geist der Republik zu erziehen. Die Regierung steht vor außerordentlich schweren Problemen. Auf die Hilfe des Auslandes rechne ich sehr wenig, wir müssen unsere eigene Kraft brauchen, um uns aus der Not zu retten. Die Mächte sollten sich endlich dazu entschließen, uns eine Anleihe zu gewähren. Ich würde auch wünschen, daß gerade jetzt in weiterer Verfolgung wirklichstärker Maßnahmen mit Frankreich sich ein Weg zur Verständigung mit diesem Lande finde läßt. Freilich hat gerade Frankreich in den letzten Jahren das deutsch-französische Verhältnis vergiftet. Unsere Aussichten sind es sein, mit allen unseren früheren Feinden in ein erträgliches Verhältnis zu kommen. Vielleicht findet das viel innere Aufmerksamkeit, aber wir müssen diese finden im Interesse unseres armen und geprüften Vaterlandes. Wir sollten uns auch gegenseitig mehr verstehen und daran denken, daß wir nicht in erster Linie die Vertreter verschiedener Parteien, sondern Vertreter des Interessen sind, sondern daß wir vor allem Volksgenossen sind. Dann muß es auch möglich sein, daß wir uns in gemeinsamer Arbeit zusammenfinden, und damit schaffen wir uns trotz allem eine neue deutsche Zukunft. (Lebh. Beifall b. d. Demokraten.)

Abg. Leicht (Bayer. V.-P.):

Ich lese oft an den Litfaßsäulen ein Plakat: „Die Welt ohne Schleier." Was das Parlament ohne Schleier ist, habe ich an den Ausführungen gesehen, die hier heute gemacht worden sind. Gräfin Reventlow (Komm.): Legen Sie mal erst Ihren Schleier ab! — Erneute Heiterkeit.) Es sind hier verschiedentlich Mitteilungen gemacht worden, die besser nicht gemacht wurden, da sie einen verräterischen Charakter trugen. Es ist kein Zweifel, daß in bayerischen Volk sich eine starke Schwenkung nach rechts vollzieht. Im Parlament habe ich heute nicht allzuviel davon bemerkt. Ich hatte die Empfindung, als ob heute der Kampf gegen rechts wieder stark geführt werden würde. Die Ausführungen Severings hat allerdings kein Recht dazu gegeben. Wenn man eine Rechtsentwicklung wünscht, muß man auch dazu beitragen. Was die neue Regierung angeht, so kann man wohl nicht sagen, daß sie eine starke unerlässige Mehrheit hinter sich habe. Eine schwere Belastung für das Kabinett ist es, daß drei Bayern darin sitzen. (Heiterkeit.) Das scheint mir außerordentlich bedenklich für das neue Kabinett zu sein. Für die Bayerische Volkspartei ist es sicher nicht leicht gewesen, den Entschluß zu fassen, dem Abg. Emminger freizustellen, als Justizminister in das Kabinett einzutreten. Ich schließe mich dem Urteil an, daß der Eintritt der Bayerischen Volkspartei eine Sanierung bedeute. Aber ich lasse es offen, auf welcher Seite die Sanierung notwendig ist. Gegen das Programm der Regierung haben wir nichts einzuwenden, auch nichts gegen die Erklärung des Reichskanzlers, daß seine Politik grundsätzlich die des vorherigen Kabinetts sein soll. Allerdings lege ich dabei den Ton auf das „grundsätzlich". Der Reichskanzler hat sich begrüßen es, daß meine Interpellation die allerstärkste Genehmigung findet. (Heiterkeit.) Auf allen Seiten scheint man jetzt einzusehen, daß finanziell die Länder wieder größere Selbständigkeit bekommen müssen. Ich begrüße es, daß der Verkehrsminister dem Abbau des Unitarismus auch Rechnung tragen will. (Unruhe b. d. Soz.) Früher hatten wir keine Reichsbahnen, aber ein sehr gutes Deutsches Reich. Ich hoffe, daß die in unserem Föderalistischen Antrag niedergelegten Gedanken von der Reichsregierung berücksichtigt werden. Der Redner erinnert auch an die Denkschrift des badischen Landtagspräsidenten Baumgarten über „Das Reich und die Länder", die zeige, daß auch Baden sich gegen den übertriebenen Unitarismus wende. Dem Ermächtigungsgesetz stimmt die Fraktion der Bayerischen Volkspartei zu. Die Entsendung Dr. Emmingers in das Kabinett sei allerdings in der Weise erfolgt, daß dadurch die Partei nicht gebunden werde.

Abg. **Hölein** (Komm.) bekauptet, daß die Rede des Reichskanzlers nach der positiven Seite inhaltlos gewesen sei, daß der Kanzler aber nach der negativen Seite Töne von sich gegeben habe (schallende Heiterkeit), die eine Fortsetzung der weißen Schmach in Sachsen und Thüringen befürchten lassen.

Abg. von Graefe (völk.) bezeichnet das Ermächtigungsgesetz in der in Aussicht genommenen Form als geradezu lächerlich. Das erste Kabinett Stresemann habe sich auf einen allenfalls noch guten Sockel gestellt, der dem blonden Scheitel Stresemanns eine schmarze Perücke übergestülpt werden. (Heiterkeit.) Der Redner vermahrt sich gegen frühere Vorwürfe des Reichswehrministers Geßler und erklärt, obwohl in der deutschvölkischen Freiheitsbewegung seien die Kräfte vorhanden, die Deutschland wieder in die Höhe bringen können.

Abg. **Lebebour** (b. k. Fr.) unterstützt die Beschwerden der beiden Vorredner über das Verhalt ihrer Parteien.

Inzwischen ist folgender **kommunistischer Mißtrauensantrag** eingegangen:

Die Reichsregierung hat nicht das Vertrauen des Reichstages, dessen sie nach Artikel 54 der Reichsverfassung bedarf.

Damit schließt die erste Lesung des Ermächtigungsgesetzes. Die Abstimmung über das kommunistische Mißtrauensvotum erfolgt am Donnerstag.

Es folgt sofort die zweite Lesung des Ermächtigungsgesetzes. Eine Erörterung findet nicht mehr statt. Ein Antrag der Arbeitsgemeinschaft, wonach vor Erlaß der Verordnungen ein Ausschuß des Reichstages von 15 Mitgliedern in vertraulicher Beratung zu hören ist, wird gegen Deutschnationale, Deutschvölkische und Kommunisten angenommen.

Mit diesem Antrag wird darauf das Ermächtigungsgesetz von derselben Mehrheit in zweiter Lesung angenommen.

Donnerstag, 1 Uhr: Dritte Lesung des Ermächtigungsgesetzes und Abstimmung über das Mißtrauensvotum der Kommunisten.

Hierzu eine Beilage.